



Sozialistische
Wochenzeitung –
Zeitung der DKP
www.unsere-zeit.de

Unhaltbare Zustände
Zweieinhalb Jahre nach dem Erdbeben werden in Haiti Hotels statt Wohnhäuser gebaut - mit Hilfgeldern.
Seiten 7

„Bis der Bagger kommt“
In Berlin haben Rentnerinnen und Rentner vor fünf Wochen ihren Freizeittreff besetzt.
Seite 9

Strittmatter zum 100.
„Erwin Strittmatter gehört zu den Autoren der DDR, die ‚nicht aus dem Proletariat aufstiegen, sondern mit dem Proletariat.“
Seite 12

10. August 2012 – Nr. 32 – 44. Jahrgang

PVSt K 4956 D – Entgelt bezahlt

2,80 €

unsere zeit

Thema der Woche

Zur Arbeit nach Deutschland

Von wirtschaftlicher Not getrieben, schenken osteuropäische ArbeiterInnen Anzeigen Glauben, die mit gut bezahlten Arbeitsplätze in der Bundesrepublik werben. Der Alltag für die ausländischen KollegInnen stellt sich jedoch anders dar. Ein ganzes System steht bereit, um sie um ihren kargen Lohn zu bringen. Vier Euro Stundenlohn bleiben übrig.

Lesen Sie dazu unsere Reportage auf den

Seiten 12 und 13



Schluss mit dem Sozialklimbim!

Mit Werkverträgen werden Arbeiterrechte weggefegt

Im Jahre 2005 rühmte sich Gerhard Schröder, in Deutschland in kürzester Zeit den besten Niedriglohnsektor Europas geschaffen zu haben. Das Ergebnis ist bekannt: Überall mehr und mehr prekäre Beschäftigung und fast alle EU Länder sind in den Ruin konkurriert. Doch an den massenhaften Einzug von Werkverträgen in die bundesrepublikanische Arbeitswelt dachte selbst Schröder – der Liebling der Bosse – noch nicht. Werkverträge: Das ist das allerneueste Lohndumping-Modell der Kapitalisten. Kaum ist die Leiharbeit durch das neue Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) minimal etwas besser reguliert und schon sind sie für viele Unternehmen inzwischen zu unattraktiv. Erfinderisch, wie die Kapitalisten nun mal sind, zauberten sie schon vor geraumer Zeit das nächsten Billiglohn-Modell aus dem Hut: Werkverträge. Sie garantieren noch mehr Profit – „teure“ Stammarbeitsplätze werden überflüssig, stattdessen kommt der Billigstarbeiter, von der weiteren Klassenspaltung der Arbeitenden ganz zu schweigen.

Die „Vorzüge“ von Werkverträgen werden inzwischen sogar an deutschen Universitäten wissenschaftlich und fundiert und propagiert. In der Nahrungsmittelindustrie kommen Werkverträge auffallend besonders häufig zum Arbeitseinsatz. Seit der EU-Erweiterung stehen in deutschen Schlachthöfen und Fleischfabriken neben den einheimischen auch immer mehr osteuropäische Arbeiter an den Bändern. Überkapazitäten auf der einen Seite und vor allem der ruinöse Preiskampf der Supermarktketten auf Kosten der Erzeuger setzen die Branche stark unter Druck. Und der wird skrupellos an die Beschäftigten weiter gegeben. Trickreich wird das Schlachten und Zerlegen und selbst das Verpacken kurzerhand zur Dienstleistung gemacht. Und „dank“ der Dienstleistungsfreiheit in Europa dürfen osteuropäische Firmen diese Arbeiten im Rahmen von Werkverträgen übernehmen. Das ist in Deutschland inzwischen Alltagswirklichkeit.

Auf der Webseite der Wurstfabrik Gustoland GmbH in Oer-Erkenschwick lesen wir: „Grüne Wiesen, weite Felder, klare Luft und reines

osteuropäischen Arbeiter und Arbeiterinnen. Für Gustoland wirbt und lockt die Firma ABATOR GmbH in Glogow (Polen) über von ihr eigens dafür geschaltete Suchanzeigen in einem der größten Online-Arbeitsmärkte der Firma Groenflex und wohl auch mit falschen Versprechungen, jährlich hunderte „frische“ Arbeitskräfte nach Oer-Erkenschwick. Die ABATOR GmbH ist inzwischen eine Firma, die sich durch ihre Geschäfte mit der deutschen Fleischindustrie schon einen einschlägigen Namen gemacht hat und damit eine goldene Nase verdient. Das ebenfalls beteiligte niederländische Unternehmen Groenflex seinerseits betreibt seine Online-Arbeitsmärkte freilich auch nicht aus Nächstenliebe, sondern ist auf die profitträchtige Beschaffung von Unterkünften und den Transport osteuropäischer Arbeiter und Arbeiterinnen spezialisiert. In Kooperation mit der deutschen Firma MK Meatproduction GmbH und der maiale GmbH werden dann mit der Firma Gustoland (Westfleisch) in Oer-Erkenschwick die Werkverträge abgeschlossen. Dieses ganze „Verwirrspiel“ aber hat System, soll bewusst verschleiern, verdunkeln und ist dennoch „legal“. Rechtsgrundlage sind die seit 2007 von der EU zugelassenen sogenannten Werkverträge, die der Unternehmer mit einem Subunternehmer abschließt um mit deren Hilfe lästigen „Sozialklimbim“ wie Kündigungsschutz und die übrigen – von der Arbeiterbewegung hart erkämpften Sozialleistungen – auszuhebeln.

Solche Werkverträge wuchern derzeit krebbsartig und breiten sich flächendeckend über das ganze Land aus und ersetzen mehr und mehr die in Verruf geratene Leiharbeit. Des Pudels Kern hierfür ist die Einführung des Mindestlohnes für Leiharbeiter im Mai 2011 von 701 Euro in den fünf osteuropäischen Bundesländern und Berlin und 789 Euro, in den anderen Bundesländern. Um eben diesen Mindestlohn zu unterlaufen, treten immer mehr Unternehmen die Arbeit pro forma an „Dienstleistungs“-Unternehmen ab und brauchen so auch auf keine Tarifverträge Rücksicht nehmen. Regulator- und Leiharbeiter müssen nach den

von ihnen tatsächlich geleisteten Stunden bezahlt werden. Werkverträge aber beziehen sich auf ein zu verrichtendes „Werk“ – also auf eine Dienstleistung oder eine Ware. Ist dieses „Werk“ vollendet, gilt der Vertrag als erfüllt. Wie und mit welchem Zeitaufwand das „Werk“ erbracht wird, bleibt ebenso wie das Krankheitsrisiko und die soziale Absicherung

Sache des Vertragsnehmers. Werkverträger gehören rein rechtlich nicht zur Belegschaft und haben so gut wie keine Rechte. Dazu kommt, dass Werkverträge, die grenzüberschreitend abgeschlossen werden, besonders profitabel sind. Seit dem Beitritt von weiteren zehn EU-Mitgliedsstaaten am 1. Mai 2004 gibt es mit Ausnahme der Bauindustrie eine „eingeschränkte Dienstleistungsfreiheit“. Jedes Unternehmen in der EU kann einem Unternehmen in Deutschland anbieten, über einen Werkvertrag eine Dienstleistung zu erbringen. Es „entsendet“ seine Beschäftigten in den deutschen Betrieb und „nutzt“ dessen Anlagen. Für die Malocher aber gelten bei Bezahlung, Steuern und Versicherung die Bedingungen des Herkunftslandes. So gilt dann plötzlich mitten in Deutschland z.B. polnisches Arbeitsrecht Die osteuropäischen Werkverträger haben zu malochen und Gustoland und die übrigen Drahtzieher kassieren.

Manfred Dietenberger



Groenflex-Kleinbus vor den Wohnungen in Marl. Mit ihm erfolgt der Transport der Arbeiter.

Wasser stehen für eine gesunde Umwelt. Sie sind auch die Grundlagen für leckere Fleisch- und Wurstspezialitäten in erstklassiger Qualität“. Doch die Gustoland-Herren verschwiegen wohlweislich die Grundlage ihrer auf maximalen Profit ausgerichteten Produktion: Lohnsklaverei auf barbarischem Niveau. Und weiter lesen wir da: „und in jedem Gustoland-Produkt schmeckt man die gesunde Natur“. Dennoch kommt einem das Kotzen wenn man erfährt, unter welchen miserablen Arbeitsbedingungen bei Gustoland zu Hungerlöhnen gearbeitet werden muss.

Ein ganzes Netzwerk sorgt für den Nachschub

Die Firma Gustoland GmbH beschäftigt rund 1 200 Arbeiter in Oer-Erkenschwick. Rund die Hälfte davon kommen mittlerweile aus Osteuropa, mehrheitlich aus Polen, aber auch aus Rumänien und anderen Staaten. Ein ganzes Netzwerk von skrupellosen Strippenziehern organisiert die Anwerbung und Arbeitsverpflichtung der

Mehrere Mitglieder der Initiative „Solidarisches Recklinghausen“ haben unter widrigsten Umständen Gespräche mit acht polnischen Frauen über ihre

später bei der Vertragsunterzeichnung gemacht hatten, waren da sehr verlockend: „Wir bieten jedes Jahr Saisonarbeit (von März bis August)



Die Häuser der neuma in der Max-Reger-Straße 8-12 sind für den Abbruch vorgesehen. Bis dahin jedoch werden sie äußerst profitabel genutzt. Teilweise sind die Wohnungen mit über zehn Menschen belegt.



Arbeit als Verpackerinnen in der Firma Gustoland in Oer-Erkenschwick geführt. Alle Frauen haben große Angst, dass sie – wenn ihr Kontakt zu deutschen Medien herauskommt – dafür von den polnischen Arbeitgebern bestraft und ihren Arbeitsplatz verlieren werden. Angesichts der bisherigen Erfahrungen ist das nicht auszuschließen. Die folgenden Darstellungen basieren auf den Berichten dieser acht Frauen.

Die Motive der Frauen, in Deutschland schwere Arbeit auf sich zu nehmen, sind sehr unterschiedlich: die hohe Arbeitslosigkeit in Polen, die Absicherung der Existenz ihrer Familie,

- ★ die Bezahlung von Schulden,
- ★ die Finanzierung von Medikamenten und Operationen von Familienmitgliedern, die von der polnischen Krankenversicherung nicht getragen werden,
- ★ bis hin zu der Hoffnung sich ein besseres Leben leisten zu können.

Die Versprechungen der Firma ABATOR GmbH aus Glogow, die sie in Internet- und Zeitungsanzeigen und

für Verpacker(innen) in Oer-Erkenschwick an. Arbeit bei dem Verpacken von Grill-Erzeugnissen.

Wir bieten an:

- guter Verdienst,
- kostenlose Unterkunft,
- kostenlose Arbeitsbekleidung,
- Arbeitsvertrag,
- A1-Bescheinigung (Sozialversicherung im Ausland).

Wir erwarten:

- Fleiß bei der Arbeit und guter Gesundheitszustand ...“

Arbeitsverträge nicht ausgehändigt

Die Suchanzeigen der ABATOR GmbH richten sich an Menschen in ganz Polen. Auch die acht Frauen haben sich beworben und fuhren zur Vertragsunterzeichnung in die Geschäftsräume der ABATOR GmbH, Markt 1, in Glogow im Süden Polens. Dort bekamen Sie einen Vertrag zur Unterschrift vorgelegt, der ihnen einen Stundenlohn von 7,50 Euro garantierte. Aber sie konnten den Vertrag nicht vollstän-

Zur Arbeit

Ausbeutung und moderne Sklaverei -

dig lesen und erhielten davon auch keine Kopie ausgehändigt. Anders war es mit einem zweiten Vertrag, den sie zur Unterschrift vorgelegt bekamen. Hiermit gingen sie ein Arbeitsverhältnis mit der Firma Budmel Bau- und Entwässerungs GmbH ein. In diesem Arbeitsvertrag, von dem sie auch eine Kopie ausgehändigt bekamen, wurde ihnen lediglich ein Monatslohn in Höhe von 1 500 PLN garantiert, der mit 368,64 Euro knapp über dem polnischen Mindestlohn von 360 Euro liegt. Mündlich wurde den Frauen jedoch mitgeteilt, dass sie pro Stunde nicht 2,15 Euro sondern vier Euro erhalten würden. Auf ihre Nachfrage, warum man ihnen nicht 750 Euro auszahlt, wurde ihnen gesagt, dass die übrigen 3,50 Euro zur Finanzierung des Aufwandes der Firma für die Unterkunft, Fahrten von und zur Arbeit, die Hygieneschulung usw. verwendet würden.

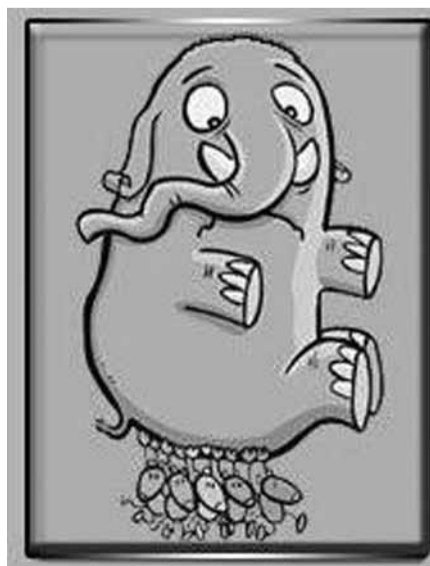
Unterkunft in Abbruchwohnungen

Im Durchschnitt wurden zwischen März und August dieses Jahres etwa 100 Saisonarbeiterinnen als Verpackerinnen von Wurst und Grillfleisch nach Marl beordert. Die Fahrt in das „Hotel“, wie die Unterkünfte in den abbrissreifen Hochhäusern der städtischen Neuen Marler Baugesellschaft mbH (neuma) in der Max-Reger-Straße 8-12 beschönigend genannt werden, mussten die Frauen selbst organisieren und finanzieren.

Dort angekommen, wies man ihnen Zimmer in Wohnungen mit einer Größe von ca. 78 bzw. 90qm zu. Die Wohnungen wurden von der neuma mit Bundeswehr-Etagenbetten aus Stahl ausgestattet. In den beiden kleineren Räumen der Wohnungen wurden in der Regel jeweils zwei Personen und in den größeren Räumen vier Personen untergebracht. Damit übernachteten in der kleineren Wohnung mindestens acht und in der größeren mindestens zwölf Arbeiter und Arbeiterinnen. Nach Berichten der Frauen sollen jedoch schon in einer Wohnung 20 Personen übernachtet haben. Zu diesem Zweck sollen zusätzliche Matratzen organisiert worden sein.

Außerdem haben sich die ArbeiterInnen von zurückgelassenen Möbeln vorheriger MieterInnen oder vom Sperrmüll bedient und ihre Räume zusätzlich mit Sitzmöbeln, Tischen und Kühlschränken ausgestattet.

Die neuma muss die Wohnungen an die Firma Pro Lodge development in Hamburg als Generalmieter vermietet haben. Denn Pro Lodge preist die Wohnungen in der Max-Reger-Straße im Internet an. Für zehn Wohnungen à sechs Personen verlangt Pro Lodge pro Person und Tag sechs Euro. Das entspricht 180 Euro pro Person und Monat, 1 080 Euro pro Wohnung und Monat bei ordnungsgemäßer Belegung mit nur sechs Personen, 10 800 Euro pro Monat für alle zehn Wohnungen. Die Tatsache, dass die polnische Firma die Wohnungen überbelegt, bleibt in dieser Betrachtung erst einmal unberücksichtigt.



Die Initiative „Solidarisches Recklinghausen“

Im September 2006 hat sich in Recklinghausen die Solidaritätsinitiative „Recklinghausen für Rolf Kohn“ gegründet. Nachdem die Absicht der Seniorenzentrum Grullbad gGmbH politisch und rechtlich gescheitert ist, den Betriebsratsvorsitzenden Rolf Kohn zu kündigen, hat sich die Initiative 2007 in „Solidarisches Recklinghausen“ umbenannt. Seitdem hat sie sich u.a. mit dem rechtswidrigen Einsatz von „Ein-Euro-Jobbern“ im Landkreis Recklinghausen beschäftigt.

Über den „Fall Gustoland“ und andere Aktivitäten informiert sie auf ihrer Homepage

www.solidarisches-recklinghausen.de

nach Deutschland

polnische ArbeiterInnen in Marl und Oer-Erkenschwick



Frisches Fleisch für Gustoland

Permanente Kontrolle

In den Wohnungen leben die ArbeiterInnen auf engstem Raum zusammen. Obwohl die Frauen in der Mehrzahl sind, ist jeder Wohnung mindestens ein Arbeiter zugeordnet, der dem Arbeitgeber persönlich oder auch familiär bedingt nahesteht. Diese Männer beobachten genau, was in der Wohnung, im bzw. um das Hochhaus herum passiert. Sie laufen auch teilweise von Wohnung zu Wohnung und betreten die von Frauen bewohnten Räume. Von einer Wahrung der Intimsphäre der Arbeiter(innen) kann daher nicht gesprochen werden.

Zum Zehnten eines Monats wird der Lohn in Höhe von vier Euro pro geleisteter Arbeitsstunde in einer Wohnung im vierten Stock des Hauses Max-Reger-Straße 8 bar in einem Umschlag ausbezahlt. Die Auszahlung wird von den Chefs der ABATOR GmbH, Waldemar Terlecki, Mariusz Ogielski oder Jarek Dressler persönlich vorgenommen. Die Frauen müssen den Erhalt des Lohnes quittieren, bekommen aber selbst keine Lohnabrechnung ausgehändigt.

In dieser Wohnung hängen auch die Einsatzpläne, aus denen die ArbeiterInnen ab 22.00 Uhr ersehen können, ob sie am nächsten Tag zur Arbeit bei Gustoland in Oer-Erkenschwick eingeteilt sind. Wenn nicht, heißt das für sie einen Tag Zwangsurlaub. Stehen sie auf dem Einsatzplan, dann warten sie morgens um 6.00 Uhr auf die Busse, mit denen sie zu ihrer Arbeitsstelle transportiert werden.

Bei den Bussen handelt es sich um einen ehemaligen Linienverkehrsbus aus Steinfurt und bis zu vier Transitbusse mit der Aufschrift der Firma groenflex aus Holland und einem Kennzeichen von Glogow (DGL).

Zwangspausen

Die Fahrt zur Arbeitsstelle bedeutet aber noch nicht, dass auch tatsächlich gearbeitet werden muss. Denn aufgrund mangelnder Auftragslage werden immer wieder ArbeiterInnen mit den Transitbussen nach Marl zurücktransportiert. Die, die ihre Arbeit antreten dürfen, werden gegen 18.00 Uhr von den Bussen wieder abgeholt. Insgesamt verbringen die polnischen Ar-

beiterInnen also bis zu elf Stunden im Betrieb. Eine dementsprechende Bezahlung erhalten sie in der Regel jedoch nicht. Häufiger am Tag ruht die Arbeit. In solchen Fällen behaupten die Vorarbeiter, dass dies an der mangelnden Arbeitsorganisation der deutschen Firmen liege. Die polnischen ArbeiterInnen erhalten aber nur die Stunden bezahlt, an denen sie auch tatsächlich am Produktionsband stehen. Hinter ihnen stehen die Vorarbeiter, die die Arbeit und die Einhaltung der Hygienestandards kontrollieren sowie die geleisteten Arbeitsstunden genau aufschreiben. Die Vorarbeiter üben eine erhebliche Macht aus. Sie entscheiden darüber, wer arbeiten und wer nicht arbeiten darf. Sie können ein gutes Wort bei der deutschen Werkvertragsfirma maiale GmbH für eine Übernahme in deren Diensten einlegen. Denn nach den Berichten der Frauen soll es in dieser Firma bessere Arbeits- und Entlohnungsbedingungen geben. Unter den ArbeiterInnen erzählt man sich von fünf bis sechs Euro Verdienst pro Stunde.

Toilettengang kostet 20 Euro

Die Vorarbeiter sprechen Strafen aus: z.B. 20 Euro für einen Toilettengang in Schutzkleidung.

Es bleibt nicht aus, dass die Vorarbeiter von manchen polnischen Arbeiterinnen auf unterschiedlichste Art und Weise heftig umworben werden.

Ein/e polnische/r Arbeiter/in leistet im Monat zwischen 100 und 200 Arbeitsstunden. 200 Arbeitsstunden wären nur zu schaffen, wenn man pausenlos durcharbeitet.

Sie erhält also am Zehnten des Folgemonats 400 bis 800 Euro bar in die Hand. Davon gehen noch die Lebenshaltungskosten ab. Für polnische Verhältnisse bleibt am Ende gutes Geld über, vor allem dann, wenn man zuvor in Polen arbeitslos war. Deshalb sind die Frauen auch anfänglich nicht immer einer Meinung gewesen, wenn es um die Beurteilung ihrer polnischen Firmen ging.

„Grundsätzlich sei es so, dass Westfleisch und damit auch Gustoland die Möglichkeit des sogenannten Arbeitnehmerüberlassungsgesetz nutze, das ermögliche den Einsatz osteuropäischer Arbeitnehmer im eigenen

Betrieb. Die ausländischen Arbeiter müssen bei einem Subunternehmer beschäftigt sein, mit dem Gustoland einen Werkvertrag schließt, der das Tätigkeitsfeld der Osteuropäer ähnlich einem Gewerkevertrag im Baugewerbe klar eingrenzt“, erklärte der Westfleisch-Sprecher Meinhard Born aus Münster gegenüber der „Stimberg Zeitung“.

Es kann also daher angenommen werden, dass es sich bei dem Subunternehmer um die Maiale GmbH in Münster handelt, denn diese unterhält ein Büro nur 500 Meter entfernt vom Gustoland-Betriebsgelände. Noch im Jahr 2010 hat die maiale GmbH einen Personalleiter für den Bereich SB-Fleisch bei Gustoland gesucht. Der Erkenschwicker Geschäftsführer Muzaffa Koca führt die Schulungen der polnischen ArbeiterInnen zur Einhaltung der Hygienevorschriften durch. Diese Schulungen dauern aufgrund der Übersetzungszeiten faktisch nur eine halbe Stunde.

Dem toten Fleisch wird dabei mehr Gewicht als dem „lebendem Fleisch“ beigemessen. Denn das Interesse der Firma, eine Keimbeseidung der zu verpackenden Fleischware zu verhindern, liegt ihr näher, als der Schutz der Frauen vor der grauenhaften Kälte am Verpackungsband.

Sie erhalten zwar Schutzkleidung zur Sicherstellung der Hygiene. Vor der Kälte müssen sie sich aber mit ihrer eigenen Straßenkleidung schützen. Zwar bietet die Firma auch Arbeitsschutzkleidung an, allerdings nur gegen Bezahlung. Aufgrund der Preise wird dieses Angebot von den polnischen Beschäftigten kaum bzw. gar nicht genutzt.

Enttäuscht von den falschen und betrügerischen Versprechungen ihrer polnischen Firma, angewidert von

den Wohnverhältnissen und völlig erschöpft von den harten Arbeitsbedingungen, denken viele Frauen schon nach einem Monat daran, in ihre Heimat zurückzukehren. Doch nur wenige fliehen wirklich vor den katastrophalen Bedingungen. Die anderen ergeben sich zur Linderung ihrer persönlichen Not dem Schicksal. Die Profiteure sitzen in den Chefetagen aller beteiligten Unternehmen:

Westfleisch kann weiter teurere Stamm-arbeitsplätze abbauen und stattdessen per Werkvertrag erheblich günstigere osteuropäische ArbeiterInnen ins Werk holen. Von 1 200 Beschäftigten bei Gustoland in Oer-Erkenschwick ist allein schon die Hälfte davon osteuropäischer Herkunft. Denen sind zwar per Vereinbarung 7,50 Euro pro Arbeitsstunde garantiert, aber die Wirklichkeit sieht anders aus.

Haben die Manager von Gustoland und Westfleisch davon tatsächlich keine Kenntnis?

Die Neuma kann noch Einnahmen für die abbruchreifen Hochhäuser einstreichen.

Pro Lodge dürfte das Doppelte des Warm-Mietpreises als Gewinn einstecken können.

Zahlenspiele

Für die ABATOR GmbH machen wir mal eine Milchmädchenrechnung auf. Wenn ABATOR von dem garantierten Stundenlohn in Höhe 7,50 Euro einen Anteil von 3,50 Euro für sich abzwickelt, dann enthalten sie jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin bei durchschnittlich etwa 170 Arbeitsstunden pro Monat einen Lohn in Höhe von 595 Euro vor. Bei 100 Beschäftigten sind das schon 59 500 pro Monat. Obwohl doch die Unterkunft kostenlos zur Verfügung gestellt werden sollte, bezahlt die ABATOR die Wohnungsmieten in Höhe von etwa 10 800 Euro von den Arbeitslöhnen. 5 000 Euro an Transportkosten von und zur Arbeit kommen noch hinzu. Mögliche Kosten für Hygienekleidung und die Maiale-Schulung lassen wir mal unberücksichtigt. Bleiben also noch 43 700 Euro. Bei einer Entsendung von Beschäftigten aus Polen nach Deutschland können die Sozialversicherungsbeiträge bis zu zwei Jahre weiter in Polen abgeführt werden. Dauert die Entsendung nicht länger als 183 Tage, was bei der Saisonarbeit „Grillfleisch verpacken“ von März bis August hinhalten dürfte, dann wären auch die Steuern in Polen abzuführen. Stellt sich nur die Frage, von welchem Lohn die Steuern und Sozialversicherungsbeiträge berechnet werden. Von dem Westfleisch-Lohn in Höhe von ca. 1 275 Euro oder von dem Budmel-Lohn in Höhe von 368 Euro? Im ersten Fall wären ca. 183 Euro an Steuern und ca. 250 Euro für die Sozialversicherungen fällig. Dann bliebe für ABATOR vom einbehaltenen Lohn nicht mehr viel übrig. Im zweiten Fall sähe das jedoch schon ganz anders aus. Hier wären nur ca. 20 Euro Steuern und ca. 60 Euro Sozialversicherung fällig. In diesem Fall blieben der ABATOR grob geschätzt ca. 37 000 Euro pro Monat erhalten. Außerdem könnte sie die Unterkunfts- und Fahrtkosten noch als Betriebsausgaben absetzen. Was würde die ABATOR unter diesen Bedingungen mit dem ganzen Geld anfangen? Welche Rolle spielt in diesem Verwirrspiel auf Kosten der Beschäftigten von ABATOR die Firma Budmel? Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt.

Detlev Beyer-Peters



Detlev Beyer Peters informiert die Presse am Wohnort der polnischen ArbeiterInnen. Er ist Sprecher der Initiative „Solidarisches Recklinghausen“ und stellvertretender Kreisvorsitzender der DKP. – Fotos: Sarbok (5)